

Übersicht

über die vom Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss in seiner Sitzung am 13.03.2024 gefassten Beschlüsse:

Öffentliche Sitzung

TO.- Punkt	Beratungsgegenstand	Ergebnis (Kurzfassung)	Beschl.- Nr.
1.	Anerkennung und ggf. Erweiterung der Tagesordnung	Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss erkannte die erweiterte Tagesordnung an.	154/2024
2.	Anerkennung der Niederschrift über die Sitzung des Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschusses am 16.11.2023	Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss erkannte die Niederschrift an.	155/2024
3.	Bericht über die Ausführung der in der Sitzung des Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschusses am 16.11.2023 gefassten Beschlüsse	Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss nahm Kenntnis.	
4.	Einwohnerfragestunde	Es wurde kein Thema erörtert.	
5.	Verbesserungen im ÖPNV; Bürgerantrag gem. § 24 GO NRW der Frau Ute Engelbertz	Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss verwies den Antrag an den Mobilitätsausschuss. Vorher solle zwischen der Verwaltung und der RSVG ein Gespräch stattfinden.	156/2024
6.	Galeria-Parkhaus für Fahrräder nutzbar machen; Bürgerantrag gem. § 24 GO NRW des Herrn Patrick Haas vom 19.01.2024	Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss lehnte den Antrag einstimmig ab.	157/2024
7.	Änderung der Straßenreinigungssatzung; Bürgerantrag gem. § 24 GO NRW der Eheleute Helga und Ralf Hülsberg vom 26.2.2024	Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss empfahl einstimmig eine Anpassung der Straßenreinigungssatzung ab dem Jahr 2025.	158/2024
8.	IV. Änderung des Gebührentarifs zur Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Siegburg	Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss empfahl dem Rat eine Anpassung des Gebührentarifs nach der Variante 1.	159/2024

Niederschrift über die Sitzung Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss der Kreisstadt Siegburg am 13.03.2024

9.	Erlass der Haushaltssatzung der Kreisstadt Siegburg für das Jahr 2024 einschließlich der Finanzplanung für die Jahre 2025 bis 2027; hier: Änderungsliste der Verwaltung	Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss nahm Kenntnis.	
9.1.	Erlass der Haushaltssatzung der Kreisstadt Siegburg für das Jahr 2024 einschließlich der Finanzplanung für die Jahre 2025 bis 2027; Änderungsliste der Verwaltung (Ergebnisplan)	Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss nahm Kenntnis.	
9.2.	Erlass der Haushaltssatzung der Kreisstadt Siegburg für das Jahr 2024 einschließlich der Finanzplanung für die Jahre 2025 bis 2027; Antrag der SBU-Fraktion vom 06.03.2024	Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss nahm Kenntnis.	
9.3.	Erlass der Haushaltssatzung der Kreisstadt Siegburg für das Jahr 2024 einschließlich der Finanzplanung für die Jahre 2025 bis 2027; Antrag der SPD-Fraktion vom 11.3.2024	Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss nahm Kenntnis.	
9.4.	Erlass der Haushaltssatzung der Kreisstadt Siegburg für das Jahr 2024 einschließlich der Finanzplanung für die Jahre 2025 bis 2027; Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 12.3.2024	Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss nahm Kenntnis.	
10.	Öffentliche Toiletten in der Innenstadt; Antrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 27.2.2024	Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss stimmte für eine 4-monatige Testphase und die Erarbeitung eines Betriebskonzeptes.	160/2024
11.	Bekanntgaben der Verwaltung	Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss nahm Kenntnis.	
12.	Anfragen von Ausschussmitgliedern	Es wurde ein Thema erörtert.	

Niederschrift

über die vom Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss in seiner Sitzung am 13.03.2024 gefassten Beschlüsse:

Beginn:	18:00 Uhr
Ende:	19:32 Uhr
Ort der Sitzung:	Am Turm 32, 53721 Siegburg

Anwesend waren:

Vorsitz

Herr Stefan Rosemann

Stellvertr. Vorsitz

Frau Britta Pahlenberg SPD

Ratsmitglieder CDU

Herr Jürgen Becker CDU

Frau Anna Diegeler-Mai CDU

Herr Lars Henning Not-
telmann CDU

Herr Jürgen Peter CDU

Frau Petra Schonlau CDU

Herr Eckhard Schwill CDU

Herr Ingo Siebenmorgen CDU

Ratsmitglieder SPD

Herr Michael Keller SPD

Frau Zeynep Kirli-Selen SPD

Herr Dirk Witte SPD

(Für Frau Gaby Körner)

Herr Andreas Franke SPD

(Für Herrn Oliver Schmidt)

Herr Lukas Wagner SPD

Ratsmitglieder Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Charly Halft GRÜNE

Herr Hans-Werner Müller GRÜNE

Frau Astrid Thiel GRÜNE

Ratsmitglied FDP

Herr Tristan Roggendorf FDP

Ratsmitglied DIE LINKE

Herr Michael Otter DIE LINKE

Ratsmitglied SBU

Herr Ralph Wesse SBU

Beratendes Mitglied

Herr Dr. Helmut Fleck Volksabstim-
mung

Entschuldigt:

Ratsmitglieder SPD

Frau Gaby Körner SPD
(Vertreter: Dirk Witte)

Herr Oliver Schmidt SPD
(Vertreter: Andreas Franke)

Verwaltung:

Herr Erster Beigeordneter Dr. Bamberger

Herr Dezernent Lehmann

Herr Technischer Beigeordneter Marks

Herr Kämmerer Hohn

Herr Klein

Frau Rostek

Frau Schäfer-Rath

Herr Sohnus

Herr Wingenfeld

Niederschrift über die Sitzung Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss der Kreisstadt Siegburg am 13.03.2024

Zusätzlich zur Tagesordnung wurden als Nachträge behandelt:

Sonstiges: (z.B. Sitzungsunterbrechung)

Öffentliche Sitzung

TO-Punkt	Beratungsgegenstand	Dienststelle
----------	---------------------	--------------

1.	Anerkennung und ggf. Erweiterung der Tagesordnung	02
----	--	-----------

Herr Bürgermeister Rosemann eröffnete die 16. Sitzung und stellte fest, dass der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss ordnungsgemäß eingeladen und beschlussfähig sei.

Er informierte den Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss, dass die Tagesordnung im öffentlichen Teil um vier Ergänzungen zu Punkt 9 erweitert sei.

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss erkannte die erweiterte Tagesordnung an.

Einstimmiger Beschluss:

AE:

Ja:	20
Nein:	0
Enthaltung:	0

2.	Anerkennung der Niederschrift über die Sitzung des Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschusses am 16.11.2023	02
----	---	-----------

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss erkannte die Niederschrift an.

AE: **Einstimmiger Beschluss:**

Ja:	20
Nein:	0
Enthaltung:	0

3.	Bericht über die Ausführung der in der Sitzung des Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschusses am 16.11.2023 gefassten Beschlüsse	02
----	--	-----------

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss nahm Kenntnis.

4.	Einwohnerfragestunde	02
----	-----------------------------	-----------

Es wurde keine Frage gestellt.

5.	Verbesserungen im ÖPNV; Bürgerantrag gem. § 24 GO NRW der Frau Ute Engelbertz	64
----	--	-----------

Frau Engelbertz führe Ihren Antrag aus.

Herr Bürgermeister Rosemann bot an, dass neben einer Thematisierung in den Akteursgesprächen zum Mobilitätsplan SUMP das Gespräch mit der Rhein-Sieg-Verkehrsgesellschaft gesucht werden kann, um deren Sichtweise einzuholen. Er schätzte jedoch auch ein, dass eine schnelle Verbesserung des Gesamtzustandes

schwierig sei.

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss stimmte für eine Verweisung in den Mobilitätsausschuss. Vor dem Mobilitätsausschuss solle ein Gespräch mit der Rhein-Sieg-Verkehrsgesellschaft mbH über die im Antrag genannten Themen geführt werden. Erkenntnisse aus dem Gespräch sind im Mobilitätsausschuss zu erläutern.

AE: **Einstimmiger Beschluss:**

Ja:	20
Nein:	0
Enthaltung:	0

6.	Galeria-Parkhaus für Fahrräder nutzbar machen; Bürgerantrag gem. § 24 GO NRW des Herrn Patrick Haas vom 19.01.2024	64
-----------	---	-----------

Herr Nottelmann, CDU-Fraktion, teilte mit, dass er die Stellungnahme der Verwaltung unterstütze und merkte außerdem an, dass Herr Haas Mitglied der Partei „DIE LINKE“ sei. Dies sei kein Grund für seine ablehnende Haltung dem Bürgerantrag gegenüber. Er wolle dies lediglich benennen.

Herr Keller, SPD-Fraktion, bat um eine Beratung im Mobilitätsausschuss. Er wisse von Fällen, in welchen Personen Tiefgaragenstellplätze z.B. im Herrengarten anmieten würden, um dort insbesondere E-Bikes unterzustellen. Ansonsten würde er der Verwaltung zustimmen.

Herr Otter, Fraktion DIE LINKE, teilte mit, dass er gehört habe, die Fahrradständer in der Verlängerung der Stadtmauer am ehemaligen Galeria-Kaufhof-Gebäude würden fehlen. Wenn dies dauerhaft der Fall sein sollte, dann spräche er sich für eine Nutzung des Galeria-Parkhauses für Fahrräder aus. Würden sich die Fahrradständer dort jedoch dauerhaft befinden, sähe er keinen Bedarf in der Nutzung des Parkhauses für Fahrräder.

Bürgermeister Rosemann sicherte eine Prüfung der von Herrn Otter genannten fehlenden Fahrradständer zu.

Die CDU-Fraktion stellte einen Antrag auf Zurückweisung des Antrages.

AE: **Einstimmiger Beschluss:**

Ja:	0
Nein:	14 (CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SBU, DIE LINKE, FDP, BM)
Enthaltung:	6 (SPD)

Niederschrift über die Sitzung Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss der Kreisstadt Siegburg am 13.03.2024

7.	Änderung der Straßenreinigungssatzung; Bürgerantrag gem. § 24 GO NRW der Eheleute Helga und Ralf Hülberg vom 26.2.2024	68
-----------	---	-----------

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss empfahl dem Rat eine Anpassung der Straßenreinigungs- und Gebührensatzung ab dem Jahr 2025. Die Zeithstraße von der Holzgasse bis zur Grimmelsgasse solle als Verlängerung des Kleibergeres gesehen und damit als Anliegerstraße geführt werden.

AE: **Einstimmiger Beschluss:**

Ja:	20
Nein:	0
Enthaltung:	0

8.	IV. Änderung des Gebührentarifs zur Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Siegburg	20
-----------	---	-----------

Herr Nottelmann, CDU-Fraktion, erklärte, dass er erwartet habe, dass sich die Verwaltung auf eine Variante festlegt. Die Kooperation würde sich enthalten, wenn sich die Verwaltung enthalte.

Bürgermeister Rosemann erwiderte, dass sich die Verwaltung dahingehend positioniert habe, die Variante „Leistungen bei gleichbleibendem Preis zu kürzen“ nicht vorgeschlagen zu haben.

Herr Keller, SPD-Fraktion, sagte, dass er durch die Einpreisung einer Variante in den Haushalt, der Meinung sei, dass sich die Verwaltung festgelegt habe. Die SPD-Fraktion spreche sich für die Variante 1 aus.

Der Haupt- Finanz- und Beschwerdeausschuss empfahl dem Rat die Gebührentarife gem. Variante 1 zu beschließen.

AE: **Mehrheitliche Zustimmung:**

Ja:	9 (SPD, FDP, DIE LINKE, BM)
Nein:	1 (SBU)
Enthaltung:	10 (CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

9.	Erlass der Haushaltssatzung der Kreisstadt Siegburg für das Jahr 2024 einschließlich der Finanzplanung für die Jahre 2025 bis 2027; hier: Änderungsliste der Verwaltung	20
-----------	--	-----------

Herr Becker, CDU-Fraktion, fragte,

1. ob es bereits eine Einschätzung hinsichtlich des Jahresabschlusses 2023 geben würde.
2. ob bereits bekannt sei, wie im Jahr 2024 der globale Minderaufwand dargestellt werden würde.
3. warum die Zinsaufwendungen und die Kosten für die Absetzung für Abnutzung

(AfA) nicht entsprechend mit den Kreditermächtigungen für geplante Baumaßnahmen steigen würden. Der Stadt würden für die Jahre 2024-2027 Kreditermächtigungen in Höhe von fast 300 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Davon würden 100 Millionen auf offene Kreditermächtigungen aus den Jahren 2022 und 2023 entfallen. Dies sei für den städtischen Haushalt eine große Last und er frage sich, ob die Haushaltspositionen über die Zinsaufwendungen und AfA so richtig seien.

Herr Kämmerer Hohn teilte mit, dass sich das Jahresergebnis 2023 zum aktuellen Stand auf eine Höhe von tendenziell 15 Millionen Euro Überschuss entwickeln würde. Dies würde unter anderem an der Gewerbesteuer mit einem Ergebnis von circa 10 Millionen über dem Ansatz und geringeren Ausgaben im Aufwandsbereich liegen. Die Verwaltung praktiziere seit der Einführung des NKFs den Weg, Zinsaufwendungen und AfA erst dann zu etatisieren, wenn die Investitionsmaßnahme fertiggestellt sei. In den vergangenen Jahren sei es nie zu einer Überschreitung dieser Werte gekommen.

Herr Bürgermeister Rosemann ergänzte, dass die mittelfristige Finanzplanung häufig durch unvorhersehbare Ereignisse von der Realität abweiche. Beispielsweise bei der Stadt Troisdorf würden in der mittelfristigen Finanzplanung seit Jahren die Werte für die AfA fortgeschrieben werden, obwohl auch dort Bauvorhaben fertiggestellt werden würden.

Herr Keller, SPD-Fraktion, teilte mit, dass es sich bei den noch offenen Kreditermächtigungen von 90 Millionen nicht um neue Kreditermächtigungen handeln würden, sondern um Kreditermächtigungen aus noch laufenden Maßnahmen.

Herr Becker sagte, dass er die Stadt am Rand des Kippens in ein Haushaltssicherungskonzept sehe. Seit 2015 habe die Stadt dies nicht mehr gehabt und er stelle fest, dass das, was an Investitionsprojekten und Kreditaufnahmen im Haushalt festgeschrieben sei, nicht mit den Ansätzen für die Verzinsung und die AfA zusammenpasse. Er sagte, dass die Stadt Siegburg so eine hohe Kreditaufnahme und Verschuldung wie in dieser Ratsperiode noch nie zuvor gehabt habe. Früher habe sich die Frage über die Differenz zwischen den Kreditaufnahmen und der Abschreibung und der Verzinsung nicht gestellt, da die Unterschiede nicht so groß gewesen seien.

Herr Kämmerer Hohn äußerte, dass der rechnerische Kreditbedarf haushaltsrechtlich festgeschrieben werden muss, um Aufträge auslösen zu können. Man könne davon ausgehen, dass auch Kreditermächtigungen aus dem Jahr 2024 in den Ermächtigungen für 2025 und 2026 fortgetragen werden müssen. Ein Festschreiben der Zinsaufwendungen und der AfA, auch während der Durchführung von Maßnahmen, würde einen großen zeitlichen Aufwand darstellen.

Herr Keller, SPD-Fraktion, erklärte, dass die von der CDU-Fraktion vorgeschlagene Vorgehensweise zur Folge haben könnte, dass sich eine zukünftige Haushaltssicherung andeute und in Kenntnis dieser vermeintlichen Situation würde der Rat die Grundsteuer erhöhen. Dies könnte sich im Nachhinein jedoch als überflüssig herausstellen.

Herr Becker, CDU-Fraktion, führte aus, dass die Praxis, AfA erst dann zu etatisieren, wenn diese eintreten, seinem Verständnis von einer Finanzplanung widerspräche. Durch die Bauplanung sollte es möglich sein, das Anfangs- und das End-

Niederschrift über die Sitzung Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss der Kreisstadt Siegburg am 13.03.2024

datum einer Baumaßnahme benennen zu können. Jedoch sehe er die Stadt durch den gerade mitgeteilten Überschuss aus dem Jahr 2023 von circa. 15 Millionen Euro nicht mehr in der Situation des unmittelbaren Abgleitens in ein Haushaltssicherungskonzept. Er kritisiere dennoch die Haushaltswahrheit und -klarheit.

Herr Peter, CDU-Fraktion, äußerte, dass sich die Beteiligten bei dem Beschluss von Maßnahmen darüber im Klaren sein sollten, welche Folgekosten entstehen. Man könne erst dann Kosten für AfA etatisieren, wenn das Projekt abgeschlossen sei. Aber zum Zeitpunkt der Entscheidung für ein Projekt solle klar sein, was die Entscheidung in Bezug auf die Zinsen und die AfA bedeuten. Dies solle auch im Haushalt kenntlich werden.

Herr Kämmerer Hohn, stimmte zu, dass die gesamte Folgekostenbetrachtung bei Investitionsentscheidungen eigentlich immer zu kurz gekommen sei. Dabei ginge es nicht nur um Zinsaufwendungen und AfA, sondern auch um Kosten zur Pflege, Unterhaltung und Sanierung.

Das 3. NKF-Weiterentwicklungsgesetz werde am 15.03.2024 im Gesetzblatt veröffentlicht und erlange damit Rechtskraft. Das Gesetz diene der Rettung der kommunalen Haushalte, jedoch seien die dort niedergeschriebenen Formulierungen noch auslegungsfähig. Bei der Genehmigungsfähigkeit der Haushalte gäbe es lediglich zwei Maßgaben. Einmal darf die Planung in 2024 selber nicht mehr als 25 Prozent der allgemeinen Rücklage aufbrauchen und in der mittelfristigen Finanzplanung darf daraus keine bilanzielle Überschuldung ablesbar sein. Diese Änderung nehme auf der einen Seite den finanziellen Druck heraus, jedoch bestehe dieser auf der anderen Seite weiter. Er sicherte außerdem zu, eine Liste mit den wesentlichen Bauvorhaben und den daraus resultierenden AfA vorzubereiten und im Rahmen einer Änderungsliste der Verwaltung nachzusteuern.

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss nahm Kenntnis.

9.1.	Erlass der Haushaltssatzung der Kreisstadt Siegburg für das Jahr 2024 einschließlich der Finanzplanung für die Jahre 2025 bis 2027; Änderungsliste der Verwaltung (Ergebnisplan)	20
-------------	---	-----------

Herr Technischer Beigeordneter Marks kündigte an, dass es bei der Sanierung des VHS-Studienhauses in der Humperdinckstraße durch Schäden an den Decken zu einer Kostensteigerung kommen kann. Aktuell könne er diese in ihrer Höhe jedoch nicht einschätzen, daher würde er bei Gewissheit mit einer überplanmäßigen Aufwendung auf die Politik zukommen.

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss nahm Kenntnis.

9.2.	Erlass der Haushaltssatzung der Kreisstadt Siegburg für das Jahr 2024 einschließlich der Finanzplanung für die Jahre 2025 bis 2027; Antrag der SBU-Fraktion vom 06.03.2024	20
-------------	---	-----------

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss nahm Kenntnis.

Niederschrift über die Sitzung Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss der Kreisstadt Siegburg am 13.03.2024

9.3.	Erlass der Haushaltssatzung der Kreisstadt Siegburg für das Jahr 2024 einschließlich der Finanzplanung für die Jahre 2025 bis 2027; Antrag der SPD-Fraktion vom 11.3.2024	20
-------------	--	-----------

Herr Müller, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte wie sich auf dem Antrag der SPD-Fraktion die Personalkostenersparnisse in Höhe von 144.000 € durch nicht besetzte Stellen ergeben. Er sei davon ausgegangen, dass alle Stellen besetzt seien.

Herr Dezernent Lehmann beantwortete, dass so gut wie alle Stellen besetzt seien. Bereits bekannte Austritte seien in der Kalkulation der Personalkosten bereits einberechnet. Zusätzlich streiche er einen gewissen Anteil der Personalkosten, da es immer unterjährige Austritte gebe, die bei der Kalkulation der Personalkosten noch nicht bekannt gewesen seien. Woher die Zahl 144.000 € komme, könne er sich nicht erklären.

Herr Otter, Fraktion DIE LINKE, fragte, ob man sich bei der Aussage, dass alle Stellen besetzt seien, auf die Vollzeitäquivalente oder die Stelle beziehe. Aus nicht vollständig besetzten Stelle könne man auch ein Kostenersparnis ziehen.

Herr Dezernent Lehmann, teilte mit, dass auch der Fall eintreten könne, dass eine Vollzeitstelle beispielsweise nur mit 30 Stunden besetzt werden würden, da ein entsprechender Kandidat gefunden wurde. Häufig seien die Personalkosten auch von persönlichen Dingen, wie beispielsweise dem Familienstand oder der Anzahl der Kinder, abhängig.

Herr Keller, SPD-Fraktion, löste auf, dass es sich bei der Zahl 144.000 € nicht um eine Zahl aus der Verwaltung handele. Jedes Jahr gäbe es Vakanzen, die in der Personalplanung nicht berücksichtigt seien. Dieser Betrag würde nicht bei 144.000 € liegen, wahrscheinlich würde er etwas höher sein, jedoch hatten sie in ihrem Antrag konservativ gerechnet und nur den Betrag angesetzt, den sie zum Ausgleich der weiteren Vorschläge brauchten.

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss nahm Kenntnis.

9.4.	Erlass der Haushaltssatzung der Kreisstadt Siegburg für das Jahr 2024 einschließlich der Finanzplanung für die Jahre 2025 bis 2027; Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 12.3.2024	20
-------------	---	-----------

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss nahm Kenntnis.

10.	Öffentliche Toiletten in der Innenstadt; Antrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 27.2.2024	DEZ II
-----	---	--------

Herr Peter, CDU-Fraktion, gab an, dass ihm der Vorschlag der Verwaltung gut gefalle. Es wolle jedoch noch ergänzen, dass während der Testphase weiterhin an einem Betriebskonzept gearbeitet werden solle.

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss stimmte der 4-monatigen Testphase in dem dargestellten Rahmen zu. Während der Testphase soll an einem Betriebskonzept gearbeitet werden. Die Ergebnisse aus der Testphase sollen in das Betriebskonzept einfließen.

AE: **Einstimmiger Beschluss:**

Ja:	20
Nein:	0
Enthaltung:	0

11.	Bekanntgaben der Verwaltung	01
-----	------------------------------------	----

Herr Bürgermeister Rosemann teilte dem Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss mit, dass die Verwaltung plane am 23. Mai zum Tag des 75. Geburtstages des Grundgesetzes in einem noch nicht genau definierten Rahmen eine Feierlichkeit zu veranstalten. Die Verwaltung würde mit den weiteren Planungen fortschreiten und in gegebener Zeit auch auf die politischen Gremien zukommen, um diese daran zu beteiligen. Diese Feierlichkeit sei ein Zeichen für die Demokratie, die hier gelebt werde.

Herr Becker, CDU-Fraktion, informierte, dass der ehemalige Verfassungsrichter Müller an den Feierlichkeiten teilnehmen werde.

12.	Anfragen von Ausschussmitgliedern	
-----	--	--

Herr Dr. Fleck, Volksabstimmung, verwies auf eine Mitteilung mit dem Stichwort Straßenausbaubeträge der letzten Ausgabe des Extrablattes. Laut dieser Mitteilung müssten die Anwohner keine Straßenausbaubeträge mehr zahlen. Er sei der Meinung, dass Siegburg einen hohen Betrag an der Sanierung von Straßen habe und fragte, sich daher, ob man nun ungehindert die Sanierung der Siegburger Straßen in Angriff nehmen könne.

Herr Kämmerer Hohn, erläuterte, dass die Idee hinter der neuen Regelung eine Bürgerentlastung sei. Das Gesetz sehe vor, dass die Straßenausbaubeträge, welche früher von den Bürgern getragen wurden, nun vom Land getragen werden können. Der Ausschüttungsbetrag der Fördersumme sei jedoch gedeckelt. Sei die gesamte Fördersumme ausgeschüttet, so seien die Kosten doch vom Bürger zu tragen.

Herr Dr. Fleck, Volksabstimmung, fragte, ob die Stadt nun vorsorglich mehr Anträge stellen solle. Seiner Meinung nach müsse der Straßen- und Sanierungsplan überarbeitet werden.

Herr Bürgermeister Rosemann, teilte mit, dass die Voraussetzung für eine Antragsstellung ein genehmigter Haushalt des Landes sei. Aktuell sei es beispielsweise nicht möglich einen Antrag für das Jahr 2027 zu stellen. Für den Straßenausbau sei außerdem Personal für die Umsetzung und auch Personal bei den Baufirmen notwendig. Würden alle Kommunen nun beginnen viele Anträge für die Förderung von Kosten für den Ausbau kommunaler Straßen zu stellen, dann würden die Kapazitäten an Personal zur Planung und an Baufirmen weiter begrenzt werden. Er glaube, dass die Verwaltung gut beraten sei, den Straßen- und Sanierungsplan abzuarbeiten. Würde festgestellt werden, dass personelle Kapazitäten und Fördermittel beim Land vorhanden seien, dann könne man die Anzahl der Sanierung ausweiten.

Ende der öffentlichen Sitzung: 19:18 Uhr
Presse und Zuhörer verließen den Sitzungssaal.